

### Integrationshilfe für Behinderte

Die Erhaltung von Arbeitsfähigkeit, Einsatzbereitschaft und Lebensfreude behinderter Mitbürger ist ein wichtiges Anliegen des Deutschen Verbandes für Versicherten Sport. Auf der Delegiertenkonferenz des Bezirksfachausschusses Leipzig am 19. 2. 1990 wurde der neue Vorstand



Bewählt. Seitens der KMU ist Kollege Dr. Dieter Müller (Rektorat) Mitglied dieses Vorstandes.

Neu als Anforderung ist die sportliche Betreuung der vom Sport (teil-)befreiten Schüler und Studenten. Seitens der KMU wurde dazu bereits ein erster Schritt getan:

Die nach ärztlichem Attest nicht in „normalen“ Sportgruppen teilnehmenden Studenten können ab so-

fort die verschiedenen Sportmöglichkeiten im Rehabilitationssport nach ihren Wünschen nutzen (bitte auch Aushänge beachten). Diese Sportgruppenaktivitäten sind in das Sportprogramm der Sektion Versicherten Sport der Hochschulsportgemeinschaft KMU aufgenommen worden und werden durch Sportlehrer des Instituts für Körpererziehung realisiert.

Auf der Delegiertenkonferenz kam ebenfalls zum Ausdruck: Die Behinderten seien für die künftige Zeit ihren Sportmöglichkeiten, aber auch ihren sozialen Problemen nicht ohne Sorge entgegen. Marktwirtschaftliche Wirkungen auf die Nutzung von Sportstätten, die ehrenamtliche Tätigkeit der Übungsleiter bis hin zur Sorge um den Arbeitsplatz mit den durch die Körperbehinderung verbundenen eingeschränkten Chancen im Kampfgebiet des Arbeitsmarktes sind wohl berechtigte Probleme, die es organisiert anzugehen gilt.

Die Gründung zunächst kreis- bzw. bezirksorientierter Behindertenverbände - wie beispielsweise im Kreis Oschatz - wird auch für Leipzig nicht mehr lange auf sich warten lassen. Einzelne Gruppen existieren bereits. Für die Interessenvertretung Behindertener unserer Universität ist beabsichtigt, eine eigene Gruppe im Behindertenverband zu gründen.

Interessenten bzw. Hinweise bitte direkt an die Kontaktadresse: Sektionsleiter Versicherten Sport, Dr. Dieter Müller, Rektorat, Tel. 7 19 21 35/21 78.

Foto: HFBS (Archiv, Seeligmüller)



So ähnlich sieht es seit einiger Zeit in unserer Redaktion aus! Kurz vor dem Verzeihen haben wir uns entschlossen, dem „FORUM“ eine ganze Seite zu widmen.

Wir bedanken uns auf diese Weise sehr herzlich für alle Zuschriften und Anrufe, bitten nochmals um Verständnis für längere Veröffentlichungs-Wartzeiten und hoffen, daß die Autoren dieser Seite noch zu ihren geäußerten Ansichten stehen. Schreiben Sie auch weiterhin Ihre Meinungen, Fragen und Diskussionsangebote (ca. 20-25 Zeilen) an

# DAS FORUM

### Solidarität mit Rumänien weiterhin nötig

Da ich in den letzten Tagen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß nicht nur Humanien ein Recht auf unser „Interesse“ zu beanspruchen hat, sei mir gestattet, hierzu kurz Stellung zu beziehen:

1. Ohne auf die wohlbekannten Ereignisse der letzten Wochen näher eingehen zu wollen, möchte ich jedoch Ihre Aufmerksamkeit auf die ebenfalls wohlbekannte ökonomische Situation im Ceausescu-Rumänien und die sich daraus ableitenden katastrophalen Lebensbedingungen für die dort beheimateten Menschen lenken, sowie darauf, daß dortzulande die Übersiedlung in die „Freie Welt“ als eine Form der persönlichen „Problem-Lösung“ vergleichsweise unpopulär ist. Auch wenn die Handhabung der Demokratie seitens der neuen rumänischen Führung/des rumänischen Volkes/Teiles des Volkes - wie auch ähnlich andersorts z. T. zu beobachten - von den einen oder anderen mit einer gewissen Skepsis verfolgt wird, so wird man trotzdem zu der Einsicht gezwungen sein, daß das rumänische Volk auch auf längere Sicht auf die solidarische Unterstützung - nicht zuletzt auch aus unserem Lande - angewiesen sein wird, sofern die Visionen von einem „Europäischen Haus“ überhaupt Gegenstand jeglicher weiterer Diskussion sein sollen. Den Vorsitzenden (z. Z. noch) meiner Partei, Gregor Gysi, beim

Wort nehmend (vgl. ND 6. 1., S. 2) möchte ich daher alle, die sich den positiven Traditionen der PDS verpflichtet fühlen (was nicht notwendig mit dem Besitz - bzw. einstigen Besitz - eines entsprechenden Parteidokuments identisch zu sein hat) aufrufen, neben ihren bisherigen und in keiner Weise gering zu schätzenden Aktivitäten für Rumänien einen Geldbeitrag in Höhe Ihres Nettomonatsgehalts/Stipendiums auf ein Ihnen genehmes Konto zu überweisen. 2. Bezüglich der Hinweise auf Erweiterung bzw. Verlagerung des Blickfeldes: Selbstverständlich besteht absolut kein Zweifel daran - auch bei uns nicht - daß ein nicht geringer Teil der Weltbevölkerung sich überaus glücklich schätzen würde, die aktuellen rumänischen Verhältnisse in ihrem Heimatland vorzufinden - sowohl hinsichtlich ihres Kontostandes als auch hinsichtlich des Niveaus praktizierbarer Demokratie. Daher würde ich mich freuen, wenn die „Kritiker“ Maßnahmen zur finanziellen (oder anderweitigen) Unterstützung dieser Krisenregionen in die Wege leiten und mich persönlich ab sofort auf derartige „Angriffe“ vorbereiten versuchen. In diesem Sinne wünsche ich uns maximalen Erfolg! Lpz., 31. 1. 1990

Aspirant, Sektion Informatik  
DITTMAR KURTZ

### Gegen antijüdische Aktivitäten!

Herr Prof. Dr. Dr. Klaus Mylius, Angehöriger der KMU, führt seit Jahren Gerichtsprozesse gegen die jüdische Gemeinde Halle wegen angeblicher „beleidigender und verleumdender Behauptungen“ (Anklingeschritte). Worum es eigentlich geht, hat der bekannte jüdische Wissenschaftler Helmut Eschwege aus Dresden in einem Aufsatz zur Geschichte der halle'schen jüdischen Gemeinde, abgedruckt in der WZ der MLU 5/1988, mit folgendem Satz gekonnt gezeichnet: „Wohl einmal im Nachkriegsdeutschland war, daß in dieser jüdischen Gemeinde Jahrzehntlang bis 1988 eine Nichtjüdin Vorsitzende war. Ihr Vater war bis Kriegsende Angehöriger der Nazipolizei.“ Nicht mehr und nicht weniger haben in der Vergangenheit Mitglieder der halle'schen jüdischen Gemeinde über die im Dezember 1988 verstorbene Ehefrau des Herrn Prof. Mylius ausgesprochen, weil sie dies auch dokumentarisch belegen können. Aber Herr Prof. Mylius betrachtete dies als Versuch, ihn „in seinem Ansehen als Mitglied der SED herabzusetzen und Zweifel an seiner politischen Gesinnung aufzu-

stellen“ (Anklingeschritte). So also versucht er seit Jahren mit juristischen Spitzfindigkeiten eigene Schuld auf die jüdische Gemeinde abzuwälzen, statt sich in schamhaftem Schweigen zu hüllen. Selbst den Verantwortlichen im Rat des Bezirkes Halle ist seit Jahren bekannt, daß sich Frau Karin Mylius selberzeit das Amt der Vorsitzenden der halle'schen jüdischen Gemeinde in verlogener Art erschlichen hatte und nur zum Schaden der Gemeinde führte. Sie mußte deshalb im September 1988 durch den damaligen Präsidenten der jüdischen Gemeinden der DDR freistellen aus diesem Amt entfernt werden. Wegen Nichterfüllung bestimmter Aufgaben des Präsidenten auch durch Herrn Prof. Mylius kam es dann zu dem unwürdigen Rechtsstreit gegen die halle'sche jüdische Gemeinde. Nun steht ein weiterer Prozeß Mylius gegen ein Mitglied der jüdischen Gemeinde bevor. Ich wende mich als Hinterbliebener vom Faschismus verfolgter Eltern hiermit an die KMU-Offentlichkeit, um zu erreichen, daß Herr Prof. Mylius seine antijüdischen Aktivitäten endlich einstellt. OTTO JACOB

### Erst recherchieren - dann schreiben

(zu UZ 07/90)

Beim Lesen der UZ Nr. 7 stieß ich auf einen das Bild einer ausländischen Studentin umrahmenden Kommentar, der nur mit 2 Initialen unterzeichnet ist. Der Hauptteil dieses Kommentars hat die Suche nach Möglichkeiten zur Lösung von Sicherheitsproblemen ausländischer Studierender in unserer Universität zum Inhalt. Mir ist unbekannt, aus welcher Quelle der Verfasser diese, aus dem Zusammenhang gerissene, Äußerung des Prorektors für Bildung, Prof. Tröger, erhalten hat.

Angehörigen versuchen werden, sich gemeinsam solchen Problemen zu stellen (wozu ja die gemeinsame monatliche „Ordnungsgruppe“ in der Mensa ein erster Schritt ist).

Das kontextlose Zitat des Kommentars erweckt den Eindruck, als sei es bei diesem Gespräch lediglich um einen letztlich gescheiterten Versuch gegangen, die Sicherheit der ausländischen Kommilitonen zu erhöhen. Dabei wurde bei diesem Zusammentreffen noch eine Anzahl weiterer wichtiger Punkte berührt.

Die Uni-Leitung bemüht sich selbstverständlich weiterhin um eine Zusammenarbeit mit der VP; bis jetzt steht sich die Polizei aber aufgrund eigener Probleme noch nicht in der Lage, Sicherheit für die Ausländer zu gewährleisten.

Abschließend möchte ich den Verfasser dieses Artikels darauf hinweisen, daß erhaltene Informationen überprüft werden müssen, um zu verhindern, daß Halbwahrheiten in die Öffentlichkeit hinausposaunt werden, die ein falsches Licht auf die Beteiligten werfen. EDUARDO PASTRANA, ISK-Vorsitzender

Beindruckend war das Erlebnis „Studium an der WISO“, einer Fakultät der Universität Nürnberg-Erlangen schon. Überfüllte Hörsäle und gestreite Studenten und Betreuer bestimmten das Bild hinter der Kulisse einer sehr schönen Stadt. Studenten, mit denen ich sprach, waren mit dem Lernen für die nächste Klausur beschäftigt und beklagten, daß man alles doch nur mehr oder weniger auswendig lernen müsse. Probleme, die bei uns, wenn auch mit (noch) anderen Inhalten nicht unbekannt sind.

Das ist die Zeit reif, alle Gedanken, Vorschläge und Vorstellungen, die wir uns in Jahren erarbeitet haben und die in Konzeptionen und Plänen ihren Niederschlag fanden, in die Tat umzusetzen. Was aber erleben wir? Irritationen, Mißverständnisse und Aufrühr halten unsere potentiellen Verbündeten vor einer breiten Diskussion um die Probleme und besten Lösungen ab.

### Überlebensfähig nur mit eigenem Profil

So drehte sich die Diskussion zwischen Leipziger und Nürnberger Studenten auch und besonders um Studieninhalte. Und - man zeigte sich von Nürnberger Seite sehr interessiert an dem Studium hiezulande. Man wunderte sich, daß Fischer wie Marketing, Absatzlehre, Technologiemanagement u. a. wirtschaftspraktische Fächer, wenn sie denn existieren, ziemlich unbedeutend sind. Da dies auch von Leipziger Seite als Mangel angesehen der sich abnehmenden Marktwirtschaft in der DDR empfunden wurde, erklärte man sich bereit, Kurse für Leipziger Studenten der Wirtschaftswissenschaften evtl. auch in Leipzig zu organisieren. Ein Versuch, auf der Basis der Freiwilligkeit aller Beteiligten die Zeit bis zu neuen Studienplänen in der DDR zu überbrücken. (S. auch Marketing-Symposium-Ankündigung in UZ/WZ, S. 1 - d. Red.)

### Initiative „Ökonomische Wohnheimkomplexe“

Die kontinuierlich entstandenen Konzeptionen mit der Praxis zu verbinden, sie handhabbar zu machen war der Anlaß, daß sich drei interessierte und von der Möglichkeit echten Wandels begeisterte Wohnheimleiter im Dezember 1989 zusammenfanden, um gemeinsam die Fragen und Probleme der Bildung ökonomischer Wohnheimkomplexe auszuloten.

Persönliche Gespräche und Einladungen zur Mitarbeit in dieser freiwilligen Initiativgruppe wurden mit Skepsis aufgenommen und fanden nur langsam Zustimmung der Mitarbeiter der Hauptabteilung Wohnheime.

Das änderte sich nach der Vollversammlung unserer Einrichtung auf der der Leiter der Hauptabteilung noch einmal die Grundzüge der Konzeption erläuterte und wir unsere Aufforderung zur Mitarbeit aller Interessierten in unserer Initiativgruppe unterstrichen. Seither füllten sich unsere Reihen, und ernsthafte Arbeit konnte beginnen.

Es ist auch nicht verwunderlich, daß eine Vielzahl gleichgearteter Einrichtungen ebenfalls in die Diskussion eingetreten ist und ihrerseits Arbeitsmaterial zur Beratung anbietet. Leider gibt es immer noch Mitarbeiter, die absichtsbewusst nicht bereit sind, ihre Meinung zu diesen Fragen offen zu diskutieren. Es werden unglaubliche Aktionen inszeniert oder unterstützt. Arbeitsmaterialien und Diskussionsangebote als Weisung zu verstehen, ungeachtet der gesetzlichen und vertraglichen Rahmenbedingungen, schafft viele heiße Köpfe, gewollt oder ungewollt. Wir bieten allen Interessierten an, unsere Beratung zu besuchen! Unser Ziel ist es, die Bedingungen für die Verbesserung der Unterbringungsqualität auszuarbeiten und aufzuzeigen, wo Änderungen in den vertraglichen Beziehungen anzustreben sind.

Wir wollen Vorschläge zur Finanzierbarkeit unserer Wohnheime vorstellen, ohne schon zu wissen, wie die Anteile der Subventionen verteilt sein werden. Gerüchtemäßen und Heißspornen erteilen wir durch engagierte Arbeit eine Absage.

RUDOLF PESCHKA, Initiativgruppe „Ökonomische Wohnheimkomplexe“

Kontaktadresse: Heidi Kruse, Wohnheimleiter, Str. d. 18. Oktober 31, 7010 Leipzig.

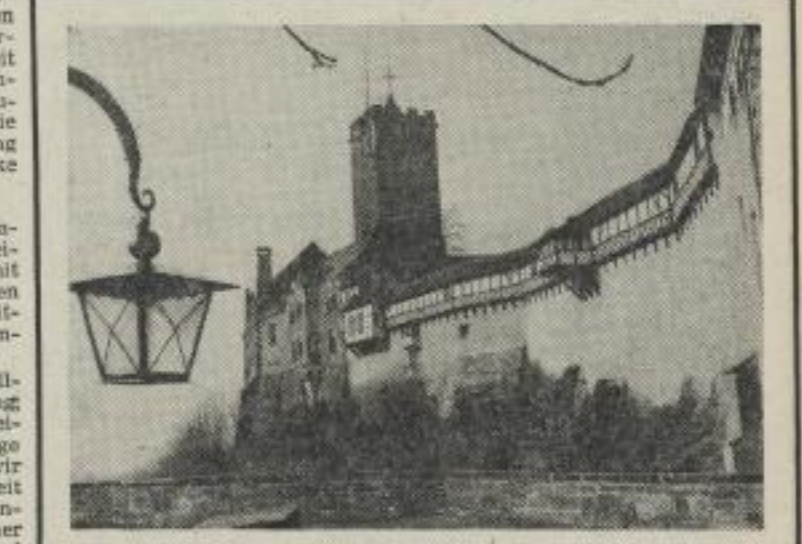


FOTO: ADN/ZB/Busch

### JENAER AUFRUF Einladung zum Wartburgtreffen 1990

Eine dramatische Entwicklung stellt fast täglich neue Fragen nach der Zukunft der deutschen Nation in Europa, die wir nur gemeinsam beantworten können. So ist unser Aufruf zu einem Wartburgtreffen in Ost und West mit breiter Resonanz aufgenommen worden. Die Begegnungen besonders der Jugend und Studierenden erscheinen uns sehr wichtig, um die zwangsläufig entstehenden Probleme der nächsten Jahre ideell bewältigen zu können. Die deutsch-deutsche Begegnung der Jugend und Studierenden wird im Zentrum des Wartburgtreffens vom 25. bis 27. Mai 1990 stehen.

Wir sind keiner Vereinigung oder Partei verpflichtet, sind völlig unabhängig und können so für jeden wertvollen Beitrag einen entsprechenden Rahmen geben. Auf jeden Fall werden wir versuchen, den Pluralismus freier Meinungsäußerungen in der Begegnung zu garantieren. Jeder Nationalismus wird von uns strikt abgelehnt. Auch ein direkter Rückgriff auf das historische Wartburgfest wird wegen versimplifizierter geschichtlicher Reflexion vermieden. Die

Burschenschaften sind nicht offiziell beteiligt.

Der demokratische Dialog eines Wartburgtreffens kann wegweisend auf ein vereintes Europa sein. Vor unseren ausländischen Gästen wollen wir diesen Willen und diese Fähigkeit zu erkennen geben. Zum vorläufigen Programmablauf:

- 25. 5. 1990 - 20.00 Uhr Rundfunk-Sinfoniekonzert mit Künstlern aus Ost und West im Festsaal der Wartburg
- 26. 5. 1990 nachmittags, 27. 5. 1990 vormittags und nachmittags Deutsch-deutsche Begegnung der Jugend und Studierenden in Wilhelmstal (etwa 30 parallele Arbeitskreise)
- 27. 5. 1990 vormittags und nachmittags Treffen der Professoren in Bad Herfeld
- 27. 5. 1990 von 19.00-21.00 Uhr Symposium im Festsaal der Wartburg mit geladenen Gästen. Festredner werden u. a. sein Helga Schubert, Berlin; Martin Walser, München.

Doz. Dr. METZNER Institut Klinische Immunologie



ICH HAB' MICH AUCH NICHT FÜR POLITIK INTERESSIERT UND WIE DU SIEHST, HAT MIR DAS NICHT GESCHADET!

### Aufruf zur Bildung von Personalräten

Die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Lande hat zu einer gravierenden Verunsicherung auch der Beschäftigten des Bereiches Medizin geführt.

Aus diesem Grund hat sich nach drei informativen Veranstaltungen, an denen Vertreter aus 23 Kliniken und Institutionen des Bereiches Medizin teilnahmen, eine Arbeitsgruppe „Personalräte/Bereich Medizin“ konstituiert. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, Unterstützung und Koordinierung entsprechender Initiativen an allen Einrichtungen des Bereiches Medizin zu gewährleisten. Die gesamtgesellschaftliche Entwicklung erfordert, daß unverzüglich in jeder Einrichtung basisdemokratisch Personalräte gebildet werden, die sich als selbständige, partei- und organisationsunabhängige Interessenvertreter aller Beschäftigten verstehen. Die Zusammensetzung der Personalräte muß die Interessenvertretung aller im Bereich tätigen Berufsgruppen garantieren. Dabei sollte die Gesamtmitgliedszahl - nach Größe der Einrichtung - 12 Personen nicht überschreiten.

Der Personalrat wählt seinen Vorsitzenden, die ihrerseits in geheimer Wahl den Personalrat des Bereiches Medizin wählen. Rechtliche Grundlage bilden die Verfassung und das Arbeitsgesetzbuch.

Vorrangiges Ziel der Personalräte ist es, in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit den Leitungen sich konsequent für Berufs-, Tarif- und Sozialinteressen aller Beschäftigten einzusetzen. Der Zusammenarbeit mit einer demokratisch gewählten und uneingeschränkt den Interessen der Werktätigen dienenden Gewerkschaftsleitung steht der Personalrat offen und konstruktiv gegenüber.

- Kontaktadressen:  
Angelika Benkenstein, Klinik für Hautkrankheiten, St. 61  
Dr. Herrmann, Klinik für Kindermedizin  
Dr. Hoffmann, Klinik für Innere Medizin  
Dr. Kloppel, Klinik für Radiologie  
Dr. Schade, Klinik für Psychiatrie